



1/2021

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

während der ehemalige US-Präsident Donald Trump in Florida den Golfschläger schwingt, unterzeichnet der neugewählte Präsident Joe Biden jeden Tag schwungvoll eine große Anzahl von Dekreten. Die Hoffnung der Europäer, mit dem neuen Präsidenten schnell Differenzen, zum Beispiel im Bereich der Handelspolitik, ausräumen zu können, hat sich jedoch schon fast zerschlagen. Ein Dekret regelt die öffentliche Beschaffung in den USA und schließt faktisch importierte Waren für den öffentlichen Bereich auch weiter aus. „Buy America“ gilt aufs Neue. Die Grundlage einer Partnerschaft auf Augenhöhe mit Ausschreibungen der öffentlichen Hand für alle Partner kann, neben dem Abbau von Zöllen und der Anerkennung von Standards, nur durch einen Handelsverträgen geregelt werden.

Das ist an sich schade, schmieden doch die Chinesen in aller Ruhe ein asiatisches Freihandelsgebiet von atemberaubenden Dimensionen. Wenn es Europa nicht gelingt, gemeinsam mit den Amerikanern eine transatlantische Freihandelszone zu entwickeln, wird sich die Zukunft schwierig gestalten. Deswegen sollten auch die Amerikaner umdenken. Zu versuchen, mit Sanktionen ein Pipelineprojekt in Europa zu Fall zu bringen, spricht nicht gerade für eine engere Partnerschaft. Aber auch Präsident Biden hat Anspruch auf 100 Tage Eingewöhnung in das Präsidentenamt.

Natürlich gibt es auch noch Corona. Es nimmt und nimmt kein Ende. Seit November ist das öffentliche Leben in Deutschland schon weitgehend eingefroren. Immer wird gesagt, jetzt wären die entscheidenden drei Wochen. Nur leben wir eben schon seit wohlbemerkt elf Wochen in diesen entscheidenden drei Wochen. Wann kommen denn dann mal die absolut entscheidenden Wochen? Der nächste Stichtag ist erstmal der 14. Februar.

Was mir in der ganzen Diskussion fehlt ist das Nachdenken über die weitere Perspektive. Für Schulen und Kultur, für Gastronomie und Handel. Die Möglichkeit, Waren außer Haus zu verkaufen, ist da natürlich nur ein schwacher Trost, aber immerhin. Warum das in Sachsen bislang nicht erlaubt ist, bleibt mir ein Rätsel. Wenn immer nur der Corona-Lockdown verlängert wird, die Innenstädte aussterben und zu viele Menschen ihre Zukunft nicht mehr erkennen, wird die Zustimmung zum politischen Kurs weiter abbröckeln. Das kann nicht im Sinne der Gesellschaft sein. Deswegen werde ich die Diskussion über die Zeit nach dem Lockdown (schöne deutsche Sprache) immer wieder führen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Andreas Lämmels

DIE WOCHE IM PARLAMENT

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes. Mit der Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes stärken wir Familien und unterstützen sie dabei, Familienleben und Beruf noch besser miteinander zu vereinbaren. Familien sollen mehr Freiräume erhalten. Die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen wird weiter unterstützt. Außerdem verbessern wir für Teilzeit arbeitende Eltern im Elterngeldbezug die Anrechnung auf Einkommensersatzleistungen wie Kurzarbeitergeld oder Krankengeld.

Zweites Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme. Der Gesetzentwurf soll die Sicherheit von IT-Systemen in Bundesverwaltung, Wirtschaft, kritischen Infrastrukturen und im Verbraucherschutz stärken. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll die Befugnis erhalten, Kontroll- und Prüfbefugnisse gegenüber der Bundesverwaltung auszuüben und an wesentlichen Digitalisierungsvorhaben beteiligt zu werden. Darüber hinaus werden Betreiber kritischer Infrastrukturen verpflichtet, Systeme zur Erkennung von Cyberangriffen einzusetzen. Schließlich wird die Grundlage für ein einheitliches IT-Sicherheitskennzeichen eingeführt, das die IT-Sicherheitsfunktionen von Produkten im Verbrauchersegment für Bürger sichtbar und nachvollziehbar macht.

Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz). In erster Lesung bringen wir einen Gesetzentwurf ein, mit dem die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützt werden sollen. Es wird ein neuer sektoraler Bebauungsplantyp für den Wohnungsbau eingeführt und das Bauen im Innen- und Außenbereich für bestimmte Fälle erleichtert. Flächen sollen leichter für die Bebauung mobilisiert werden, indem die Anwendungsbereiche der gemeindlichen Vorkaufsrechte und des Baugebots für Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten erweitert werden. Für mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Wohnungsbauflächen wird außerdem die Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt. Weitere Regelungen heben die Bedeutung grüner Infrastruktur in Städten und Gemeinden für



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

den Klimaschutz hervor und gehen auf flächendeckende Mobilfunkversorgung und Elektromobilität ein.

COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung. Mit einer Verordnung des Innenministeriums, die der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf, wird den Parteien ermöglicht, ihre Kandidaten für die Bundestagswahl am 26. September 2021 auch ohne Präsenzversammlungen zu benennen. Dies gilt insbesondere für die Wahlen von Wahlkreisvertretern, für die Wahl des Wahlkreiskandidaten sowie für die Wahl der Landesliste. Versammlungen zur Wahl von Wahlbewerbern sollen mit Ausnahme der Schlussabstimmung ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden.

Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung berieten, wird das Bundesbedarfsplangesetz angepasst und eine Beschleunigung der erfassten Planungs- und Genehmigungsverfahren für Netzausbauvorhaben auf Höchstspannungsübertragungsnetzebene gewährleistet.

Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz). Der Entwurf sieht eine bessere Kooperation zwischen allen wichtigen Akteuren im Kinder- und Jugendschutz vor und reformiert den Hilfeplan für Pflegefamilien. Der Anspruch auf Beratung und Förderung wird festgeschrieben. Auch den Kindern und Jugendlichen selbst kommt ein Beratungsanspruch gegenüber dem Jugendamt zu. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen durch einen Stufenplan wirksamer in ihrer Eingliederung unterstützt werden.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2021

In dieser Woche hat die Bundesregierung den diesjährigen **Jahreswirtschaftsbericht „Corona-Krise überwinden, wirtschaftliche Erholung unterstützen, Strukturen stärken“** vorgestellt. Trotz der Corona-Pandemie wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr wachsen – wenn auch nicht ganz so stark wie zunächst erwartet. Nach dem deutlichen Rückgang zum Beginn der Krise geht es für die Unternehmen seit September wieder aufwärts. Im Bericht geht die Bundesregierung demnach in diesem Jahr von einem **Wachstum von 3 Prozent** aus.



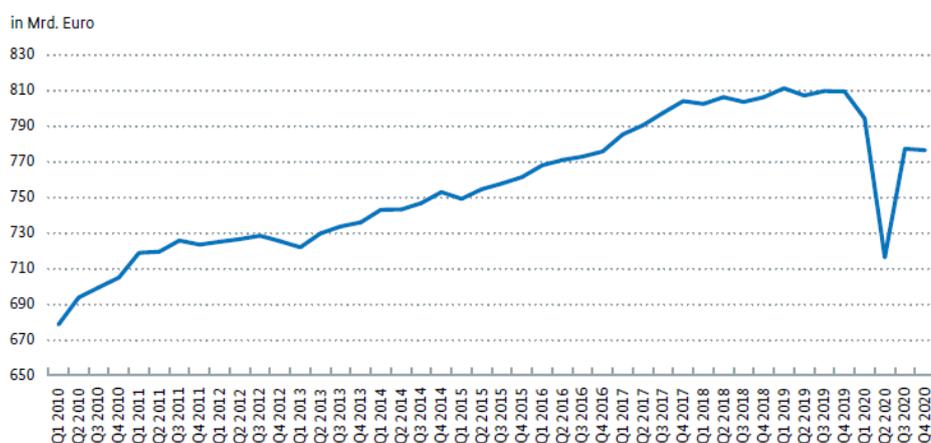
Doch auch der Jahreswirtschaftsbericht zeigt, dass die **Corona-Pandemie die deutsche Wirtschaft hart getroffen** hat. Zuvor gesunde Unternehmen kämpfen seit Monaten um ihre Existenz. Die Politik hat ihnen dabei kurzfristig und erfolgreich eine Brücke gebaut. Die Unterstützung – von **Sofort- über KfW-Corona- bis zur Überbrückungshilfe** – kommt an. Hier gilt: anpassen wo möglich, zielgerichteter werden, wo nötig. Ein Resultat ist die stark vereinfachte Überbrückungshilfe III.

Es wird aber noch ein langer Weg, bis die Folgen der Corona-Krise wirtschaftlich überwunden sind. Damit dieser Weg kürzer wird, müssen die **Möglichkeiten beim Verlustrücktrag deutlich ausgeweitet** werden. Aus den Gewinnen der Vergangenheit können wir so den Unternehmen in der Krise Luft verschaffen, damit sie in Zukunft wieder wachsen können. Das ist **marktwirtschaftliche Krisenpolitik** und entspricht dem Staats- und Unternehmerbild der CDU/CSU-Fraktion. Für uns ist klar, dass der Staat langfristig nur die Gelder verteilen kann,

die unsere Unternehmen vorher erwirtschaften. Umso mehr müssen wir mit den Steuergeldern sorgsam umgehen und durch kluge Rahmenbedingungen die Grundlage für Wachstum und Wettbewerb legen.

Die **Haushaltskonsolidierung** ist ein wichtiges Instrument, um aus der Krise herauszukommen und auf den Wachstumspfad zurückzufinden. **Die Unionsfraktion im Bundestag hält deshalb an der**

Schaubild : Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2010 bis 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesbank. Angaben sind saison-, kalender- und preisbereinigt.

Schuldenbremse im Grundgesetz fest. Solide Staatsfinanzen sind nicht verhandelbar. Sie stehen für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Ursache für die Eurokrise waren nicht zu wenige, sondern zu viele Schulden. Es ist trügerisch, die aktuell niedrigen oder negativen Zinsen als dauerhaft anzunehmen. Hohe Schulden bedeuten bei wieder steigenden Zinsen hohe Risiken für zukünftige Haushalte.

Auch neue Belastungen sind kategorisch auszuschließen. Vielmehr sind Entlastungen und mehr Flexibilität das Gebot der Stunde. Langfristig braucht es jetzt gezielte strukturelle Weichenstellungen. Dazu zählen vollumfänglich verkürzte und dauerhaft digitale Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mehr Tempo braucht es außerdem bei der Digitalisierung der Verwaltung, der digitalen Infrastruktur sowie den Investitionen in Zukunftstechnologien wie Wasserstoff.

Hier lesen Sie den kompletten [Jahreswirtschaftsbericht „Corona-Krise überwinden, wirtschaftliche Erholung unterstützen, Strukturen stärken“](#).

BEGEGNUNGEN



Noch im alten Jahr nahmen Arnold Vaatz und ich die schwarzen Geschenke der Dresdner Gastronomen entgegen. Mit diesem Protest der **Aktion "Leere Stühle" - Gastro braucht Hilfe** "bedankten" sich die Gastwirte für das Überbrückungsgeld des Bundes - und forderten endlich die Auszahlung. Diese Forderungen nach einer mittel- und langfristigen Öffnungsperspektive sowie einer wirklich schnellen und unkomplizierten Auszahlung von November- und Dezemberhilfe unterstützte ich voll und ganz. Es fehlt an einem politischen Konzept für die Wiedereröffnung der Betriebe bei verbesserter Pandemielage.



Der **Beirat Welthandel** widmete sich in dieser Woche dem neuen **asiatischen Handelsabkommen**. Was bedeutet dieses Abkommen für den deutschen Wirtschaftsstandort und für die Europäische Handelspolitik im Allgemeinen? Es hat nicht das Potential, aus dem asiatisch-pazifischen Raum einen monolithischen Block zu machen. Nichtsdestotrotz zeigt es uns in Europa, dass auch wir nicht nur die Verhandlungen zu Handelsabkommen zum Ende

bringen sollten, sondern sie auch ratifizieren müssen. Daran hängt auch unser Ruf als ein verlässlicher Handelspartner.



Regelmäßig haben Sie auf dieser Seite auch immer Bilder von den **Besucherguppen** aus meinem Wahlkreis gesehen, die ich in Berlin begrüßen konnte. Nun ist die letzte Besuchergruppe schon fast ein Jahr her. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geht nun voran und begrüßt digital: <https://spark.adobe.com/page/vMlirU5sDOJAY/>. Klicken Sie doch mal vorbei und besuchen wenigstens auf diesem Weg das politische Berlin. Die vier Dialogangebote drehen sich um die Themen Mobilität der Zukunft, Bundesfernstraßenbau, Digitale Infrastruktur und Verkehrssicherheit.

TERMINE

03.02.2021, digital

Landesfachausschuss Wirtschaft und Innovation

05.02.2021, digital

Westbalkan-AG mit Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung

08.02.2021, digital

Treffen mit Kandidaten für diesjähriges Parlamentarisches Patenschaftsprogramm PPP

08.02.2021, Berlin

Öffentliche Anhörung Gesetzes zur Verbesserung der Strafverfolgung hinsichtlich des Handels mit inkriminierten Gütern unter Nutzung von Postdienstleistern

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb